

Personen und Ereignisse

Papst Paul VI. hat dazu aufgerufen, sich wieder intensiver um die persönliche Gewissensforschung zu bemühen. In der Generalaudienz am 13. Juli bezeichnete er die persönliche Gewissensbildung angesichts der weltweiten moralischen Verfallserscheinungen als ein Erfordernis von höchster Aktualität. Der Papst erinnerte an die schon in der Antike geforderte „Kunst, sich selbst zu erkennen“. Dabei gehe es nicht um eine oberflächliche Analyse seelischer Vorgänge, sondern darum, „das Fundament des personalen Lebens“, das moralische Gewissen, ernst zu nehmen. Es weise über alles Zufällige und Relative hinaus und mahne die Menschen ständig, daß sie zum Guten berufen seien. „Das moralische Gewissen“, sagte der Papst, „verbindet uns mit Gott und erinnert an die Würde, die uns der Schöpfer verliehen hat. Wer es gewohnt ist, sein Gewissen regelmäßig vor Gott zu prüfen, weiß, daß hierin die echte personale Freiheit ihren Ursprung hat.“

Eine Delegation des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel unter Leitung des Metropoliten Meliton von Chalcedon, dem Dekan des Heiligen Synods des Patriarchats, nahm in Rom am öffentlichen Konsistorium vom 27. Juni sowie an den Feierlichkeiten zum Fest Peter und Paul teil. Im Anschluß an das Konsistorium wurden die orthodoxen Würdenträger von Papst Paul VI. in Privataudienz empfangen. Bei dieser Gelegenheit informierten sie den Papst ausführlich über die erste Session der interorthodoxen Theologenkommision zur Vorbereitung des Dialogs mit der römisch-katholischen Kirche, die im Juni in Chambésy stattgefunden hatte. Papst Paul VI. bedankte sich in einem Schreiben an den Patriarchen Dimitrios I. für diese Informationen und brachte seine „unerschütterliche Entschlossenheit“ zum Ausdruck, auf dem Weg weiterzugehen, „der uns zur gemeinsamen Feier der Eucharistie des Herrn führen soll“.

Der 60jährige Anwalt David Walters wurde von Präsident Jimmy Carter zum persönlichen Gesandten des US-Präsidenten bei Papst Paul VI. ernannt. Damit hat erstmals ein Katholik diesen Posten inne. Der bisherige Amtsinhaber Henry Cabot Lodge war von Präsident Richard Nixon ernannt worden und hatte auch unter Präsident Gerald Ford gedient. Zweimal jährlich machte er einen Besuch im Vatikan und nahm zudem an Feierlichkeiten wie der Heiligsprechung von Elizabeth Ann Seton teil. Anlässlich der Berufung von David Walters verstärkten sich die Gerüchte, daß eventuell in Kürze diplomatische Beziehungen zwischen dem Vatikan und Washington aufgenommen werden könnten. Neben Mexico sind die USA der einzige westliche Staat, der keine diplomatischen Beziehungen zum Vatikan unterhält. Zwar waren diese bereits 1848 einmal aufgenommen worden, doch fand sich 1867 im Kongreß eine Mehrheit, die diesen Schritt für unvereinbar mit der Verfassung hielt. Mit Unterbrechungen gab es seitdem lediglich die Einrichtung von persönlichen Gesandten des Präsidenten. Verschiedene protestantische Kirchen und die Organisation „Americans United for Separation of Church and State“ protestierten gegen die Ernennung Walters, weil dadurch eine Kirche bevorzugt behandelt werde.

Kardinalstaatssekretär Jean Villot hat die Lehre der Kirche von der Unerlaubtheit künstlicher Mittel bei der Geburtenregelung unterstrichen. Villot äußerte sich in einem Brief, den er im Namen des Papstes an die „Internationale Föderation für Familienfragen“ richtete, die ihren ersten internationalen Kon-

gress vom 22. bis 25. Juni in Cali (Kolumbien) abhielt. In dem Schreiben wird auch die Ermutigung Pauls VI. an die wissenschaftliche Forschung wiederholt, die Kenntnis von den Gesetzmäßigkeiten der fruchtbaren und unfruchtbaren Tagen der Frau weiter zu vertiefen und bekanntzumachen.

Mitten im Jahr des 150jährigen Jubiläums seines Bistums ist am 26. Juni im Alter von 70 Jahren der Erzbischof von Freiburg, Hermann Schäußle, in seinem Urlaubsort Langenegg (Vorarlberg) an einem Herzversagen gestorben. Schäußle stand seit 1958 der Erzdiözese Freiburg vor. Nach Studien in Rom war er zuvor als Studentenseelsorger, Direktor des Theologenkonvikts, Domkapitular und Offizial sowie seit 1955 als Weihbischof in Freiburg tätig gewesen. Über die Grenzen seiner Diözese hinaus wirkte der Freiburger Erzbischof als Mitglied der römischen Bischofskongregation, in der Kommission der Deutschen Bischofskonferenz für gesellschaftliche und sozial-caritative Fragen und als bischöflicher Protektor des Deutschen Caritasverbandes.

Die Staatsanwaltschaft Aschaffenburg hat gegen den Salvatorianerpater Arnold Renz und den Pfarrer Ernst Alt Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Die beiden Geistlichen hatten den Exorzismus an der 23jährigen epilepsiekranken Studentin Anneliese Michel vorgenommen, die am 1. Juli vergangenen Jahres nach längerer Nahrungs- und Behandlungsverweigerung gestorben war (vgl. HK, September 1976, 482). Pfarrer Alt hatte geglaubt, Symptome der Besessenheit an der Studentin feststellen zu können und den Würzburger Bischof Josef Stangl um die Genehmigung des exorzistischen Verfahrens ersucht. Der Bischof hatte dann nach Einholung eines Gutachtens bei dem Frankfurter Jesuiten Adolf Rodewyk mit der Durchführung des Exorzismus P. Renz beauftragt. Das Ermittlungsverfahren gegen Rodewyk und Bischof Stangl wurde eingestellt. In der Begründung hieß es, beide hatten keinen unmittelbaren Kontakt mit dem Mädchen und seinen Eltern gehabt. Sie hätten auch nicht wissen können, daß die medizinische Versorgung der Kranken eingestellt worden war.

Eine Gruppe von Synodalen wird gegen die Entscheidung der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der DKP angehörende Pfarrvikare im Angestelltenverhältnis weiter im Pfarrdienst zu beschäftigen (vgl. HK, Juli 1977, 374), beim kirchlichen Verfassungs- und Verwaltungsgericht Klage erheben. Dies teilte im Auftrag der Gruppe Pfarrer Werner Stroh (Gießen) mit. Nach Ansicht der Kläger widerspricht die Übernahme der DKP-Theologen bestehenden kirchlichen Gesetzen, insbesondere dem Synodenbeschluß über die Unvereinbarkeit von Pfarramt und DKP-Mitgliedschaft. Vier der sechs betroffenen Pfarrvikare haben inzwischen ihren Austritt aus der DKP erklärt.

Auffallende Höflichkeiten mit erkennbar politischer Absicht wurden nach der Ernennung des Prager Apostolischen Administrators František Tomásek zum Kardinal zwischen Kirche und Staat in der ČSSR gewechselt. Anlässlich der Ernennung zum Kardinal gab Tomásek der Hoffnung Ausdruck, daß es möglichst bald wieder zu Verhandlungen zwischen der ČSSR und dem Vatikan zwecks Verbesserung der Lage der Kirche im Lande kommen möge, und bot dafür seine Vermittlungsdienste an. In einem Brief an Tomásek, in dem er diesen für sein hohes Verantwortungsbewußtsein im Rah-

men der sozialistischen Gesellschaft der Tschechoslowakei lobte, bekundete Staatspräsident und Parteichef Gustav Husak Interesse „an einer positiven Entwicklung der Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl“. Er nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, daß der Kardinal auf diese Verhandlungen einen positiven Einfluß ausüben wolle.

Anfang Juli wurde in Ungarn der letzte katholische Priester, der noch in einem ungarischen Gefängnis war, entlassen. Es handelt sich um den 66jährigen Piaristen-Pater Ödön Lenard. Lenard war insgesamt dreimal inhaftiert, das erste Mal 1948 als damaliger Sekretär der Katholischen Aktion, das zweite Mal 1961 und das dritte Mal 1964, jeweils wegen „illegaler“ seelsorglicher Tätigkeit. Insgesamt hat Pater Lenard 17 Jahre Haft verbüßt.

In scharfer Form wies der melkitische Patriarch Maximos V. Hakim gegenüber der amerikanischen katholischen Nachrichtenagentur NCNS die Erklärung eines nicht genannten vatikanischen Sprechers zurück, der kurz zuvor die Ordination von drei verheirateten Melkiten, die für den Dienst in den USA bestimmt sind, als unrechtmäßig bezeichnet hatte. Diese Erklärung, die im Grunde der vatikanischen Praxis entspricht, verheiratete Männer als Priester nur in den Gebieten des ehemaligen Patriarchat-Territoriums, jedoch ausdrücklich nicht in Nordamerika zuzulassen, nannte der Patriarch „falsch, irreführend und einen Angriff auf die kirchliche Einheit“. Es sei sehr bedauerlich, daß trotz einer Reihe anderslautender Konzilsdekrete und päpstlicher Äußerungen „gewisse römische Beamte offensichtlich die Legalismen und den Pomp der Jurisdiktion der Vergangenheit wiederbeleben“. Diese Versuche der Latinisierung stellten einen Affront gegen die Integrität der katholischen Ostkirchen dar.

Schwere Anschuldigungen über unmenschliche Bedingungen in den von der Frelimo-Regierung in Moçambique für politische Gegner errichteten „Umerziehungslagern“ haben die katholischen Bischöfe des Landes in einem Brief an Staatspräsident Samora Machel erhoben. In den Lagern herrschten nach Berichten von Augenzeugen Folter und Hunger. „Viele der Lager befinden sich in tropischen Waldzonen ohne die Mindestvoraussetzungen zum Überleben“, heißt es in dem Schreiben. Die Bischöfe bitten den Staatspräsidenten, den Anklagen nachzugehen. Kritik üben die Kirchenvertreter auch an den Umständen der Ausweisung einzelner Missionare und Laien-Missionshelfer. Zwar könne man der Regierung das Recht zur Ausweisung nicht streitig machen, doch dürfe dies nicht dadurch zustande kommen, daß die Missionare ungerechtfertigt beschuldigt und verleumdet würden.

In einem Telegramm an Staatspräsident Carlos Romero von El Salvador forderte der Generaloberer der Jesuiten, P. Pedro Arrupe, Schutz für die in El Salvador tätigen Jesuiten. Der Intervention des Jesuitengenerals vorausgegangen war ein Ultimatum der rechtsradikalen Terroristenorganisation „Unión guerrera blanca“, in dem die 47 im Lande tätigen Jesuiten aufgefordert wurden, bis zum 21. Juli das Land zu verlassen, andernfalls würden sie durch Kommandos der Terrororganisation exekutiert. Diese Drohung gegen die Jesuiten ist nur ein Teil der von der Regierung Romero indirekt gedeckten Terrormaßnahmen gegen kirchliche Persönlichkeiten, die sich für Sozialreformen im Lande einsetzen.